

Berichte

Max Weber und die Soziologie heute

Ein Bericht über den 15. Deutschen Soziologentag*

Vom 28. bis 30. April 1964 fand in Heidelberg der außerordentlich gut besuchte 15. Deutsche Soziologentag statt. Wie sein unmittelbarer Vorgänger, der das fünfzigjährige Jubiläum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie beging, fiel auch dieser Soziologentag zeitlich mit einem Jubiläum zusammen: der hundertsten Wiederkehr der Geburt Max Webers.

Es ist schwierig, den Kongreß einer sich als Erfahrungswissenschaft darstellenden Disziplin auf das Leben und das Werk eines ihrer Wissenschaftler abzustellen, der das letzte halbe Jahrhundert nichts mehr zu ihrer Fortentwicklung beizutragen vermochte. Hält man für die wichtigste Funktion wissenschaftlicher Kongresse den persönlichen Austausch wissenschaftlicher Ergebnisse, so läßt sich nur eine Form denken, wie sich so ein Jubiläumskongreß gestalten läßt: Er kann nur darin bestehen, so genau wie möglich den Weg nachzumessen, den die Disziplin seither vorangeschritten ist. Gerade aber das vermißte man in Heidelberg. Das kann aber nur heißen, daß die Soziologie entweder auf der Stelle tritt oder daß die Deutsche Gesellschaft für Soziologie sich eher als Gralshüter der Soziologen statt der Soziologie versteht.

Eine generelle Bemerkung erscheint hinsichtlich der organisatorischen Durchführung der Plenarsitzungen erforderlich. Sämtliche Hauptvorträge mit Ausnahme des Eröffnungsreferates von Ernst *Topitsch* waren sachlich und personell überlastet. Es ist eine Zumutung, nach einem in der Regel länger als einstündigen Referat das Publikum noch mit fünf Diskussionsbeiträgen mit einer durchschnittlichen Länge von 20 Minuten zu überschütten. Hier scheint das Vorbereitungskomitee nur allzu zögernd und für den Verlauf der Tagung abträglich von seinem Eingriffsrecht Gebrauch gemacht zu haben.

Schließlich gehört in die einleitenden Vorbemerkungen zu diesem 15. Deutschen Soziologentag in Heidelberg eine Beobachtung, die sich an vielen Stellen des Kongresses, oft mehr implizit als explizit, machen

* An dem Bericht haben außerdem mitgearbeitet: Reinmar Cunis, Heidrun und Wolfgang Kaupen, Horst Schmelzer, alle Köln,

ließ: Das Selbstverständnis der deutschen Soziologie ist immer noch nicht auf einen einheitlichen Nenner zu bringen. Die Geister scheiden sich — wie vor fünfzig Jahren, als Max Weber das gleiche Problem zur Bedingung seiner Mitarbeit in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie machte — immer noch an der Frage der Werturteilsfreiheit. Hängt man einen Augenblick der Vorstellung nach, Max Weber würde noch unter den Lebenden weilen, und er würde noch immer seinem 1912 vertretenen Standpunkt anhängen, so läßt sich nur un schwer voraussagen, daß er auch heute noch abseits stehen würde angesichts der „unendlich gleichgültigen, subjektiven ‚Wertungen‘“, die man in Heidelberg, offen und versteckt, ausdrücklich legitimiert und stillschweigend akzeptiert zu hören bekam. Nachdem die Frage einmal von Ernst Topitsch (Heidelberg) in seinem Einführungsreferat aufgeworfen war und zu einer deutlich sichtbaren Polarisierung des Publikums geführt hatte, war damit ein Wahrnehmungsschema und eine Strukturierung der Situation vorgeformt, dem sich im Verlaufe der drei Tage jede nur mögliche Begebenheit einfügte.

Nach den Eröffnungsworten Otto Stammers, die den Teilnehmern ein großflächiges, konturensicheres Bild von Max Webers wissenschaftlichem Interesse, den Stationen seiner wissenschaftlichen Laufbahn und Entwicklung sowie von seiner Persönlichkeit gaben, entwickelte Topitsch seine Gedanken über „*Max Weber und die Soziologie heute*“. Das Referat knüpfte zwar an das Problem der Wertfreiheit an, es behandelte diese Frage indessen nicht vom Standpunkt der Wissenschaftstheorie oder der Methodologie aus. Es ging mehr um eine grundsätzlichere Einordnung dieser hierunter verstandenen Ideen Max Webers in jenen globalen Zusammenhang der „Entzauberung der Welt“, wie Max Weber eine Reihe von Erscheinungen der modernen Welt zusammengefaßt hat.

Topitsch zeichnete in groben Strichen das Wechselspiel zwischen den verschiedenen Faktoren, die an dieser Entwicklung beteiligt waren, und hob besonders die Auswirkungen der Ergebnisse der modernen Wissenschaft auf Lebensführung und Selbstbewußtsein hervor, die ihrerseits wiederum den Fortgang der Wissenschaft stimuliert hätten.

In diesem Prozeß habe die Trennung von Wert- und Sachurteilen, für deren Durchsetzung und Anerkenntnis Max Weber einen Teil seiner persönlichen Existenz eingesetzt habe, eine Schlüsselrolle gespielt. Die Verschlingung beider Bereiche habe ihre festen Traditionen und Muster, die in vielfältiger Weise durch bestehende Mächte, Interessen und Institutionen abgesichert seien und subtile Mechanismen ihrer Aufrechterhaltung entwickelten.

Breiteren Raum widmete Topitsch der Frage nach den Reaktionen auf Webers metawissenschaftliche Grundlegung der modernen Wissenschaft. Die politischen Spannungen und Konflikte in Europa auf der einen Seite und die Tatsache, daß Max Weber nicht mehr allen Konsequenzen und Implikationen seiner Grundidee für die damals gängigen und später wieder zu intensiverem Leben erweckten „Gesellschaftstheorien“ nachgehen konnte, seien die Ursache für die „Erneuerung der Sozialmetaphysik“ in vielen Teilen Europas gewesen. Indessen habe die Entwicklung letzten Endes zu nichts anderem geführt als zu einer „glänzenden Rechtfertigung“ Max Webers. In diesem Zusammenhang ging Topitsch etwas ausführlicher auf die beiden Vorstellungskomplexe ein, die sich in der jüngsten Vergangenheit und der unmittelbaren Gegenwart als zählebigste Gesellschaftsphilosophien erwiesen haben: das Naturrecht und die Dialektik. An Hand konkreter Beispiele wies Topitsch nach, daß diese Sinndeutungssysteme nach dem Muster von Leerformeln funktionieren und in der Vergangenheit für die Legitimierung unterschiedlichster gesellschaftlicher Wertsetzungen herangezogen worden sind.

Alle bis hierher erörterten Fragen und Zusammenhänge mündeten schließlich in die Behauptung ein, die Soziologie habe sich in dem Maße als Wissenschaft etabliert, wie sie sich losgesagt habe von den metaphysischen Gesellschaftsentwürfen, wie sie sich der Antwort auf die Frage nach dem Sinn der Geschichte, der menschlichen Gesellschaft und dem Wesen des Menschen versagt habe, ohne daß indessen die Soziologie damit auf politische und praktische Irrelevanz hinauslaufe.

In der zweiten Plenarveranstaltung setzte Talcott *Parsons* in seinem Referat über „*Wertfreiheit und Objektivität*“ die Diskussion der von Topitsch aufgeworfenen Frage fort. Mehr als dort wurde hier ein neues Selbstverständnis der Soziologie sichtbar. Webers Versuch, aus den drei geistigen Traditionen des Historismus, Utilitarismus und Marxismus eine Synthese zu bilden, ist nach *Parsons* der Anfang einer neuen Theorie der Gesellschaft, die sich auf einem weit höheren Anspruchsniveau bewegt als alle soziologische Theorie vor Weber. Webers Leistung besteht nach *Parsons* erstens in seiner methodologischen Konzeption und zweitens in seinen substantiellen Beiträgen zur Soziologie.

Webers Methodologie erörterte *Parsons* unter vier Gesichtspunkten: 1. das Prinzip der Wertfreiheit, 2. das Prinzip der Wertbeziehung, 3. den Zusammenhang zwischen kausaler Erklärung und der dazu erforderlichen allgemeinen soziologischen Theorie und 4. die Methode des Verstehens. Wertfreiheit heiße „die Freiheit, innerhalb der relevanten Grenzen den Werten der Wissenschaft zu folgen“.

Wissenschaft sei jedoch ein menschliches Unternehmen und damit immer eingeordnet in die Wertbeziehung der Gesellschaft, in der sie stattfindet.

Diesen beiden allgemein bedeutsamen Prinzipien der Weberschen Methodologie folgen nach Parsons zwei spezifisch sozialwissenschaftliche Probleme. Sehr früh hat Weber erkannt, daß „empirisches Wissen die kausale Erklärung von Phänomenen und Ereignissen impliziert“. Kausale Erklärungen wertorientierten menschlichen Handelns setzen aber eine allgemeine soziologische Theorie voraus. Eindeutig wird nach Parsons damit Webers verstehende Methode von dem Verdacht enthoben, eine Absage an analytische Sozialforschung zu sein.

Parsons setzte in seiner Ausführung über die substantiellen Beiträge Webers zur Soziologie gleich einen Schwerpunkt, als er mit der Rechtssoziologie den Kern aller soziologischen Arbeiten Webers hervorhob. Alle anderen Beiträge zur Soziologie des politischen und ökonomischen Lebens und vor allem auch zur Religionssoziologie hätten hier ihr Fundament. Die Dichotomie von Ideal- und Realfaktoren habe das Webersche Rechtskonzept zunächst ein wenig verdunkelt. Das Recht ließe sich nämlich weder dem einen noch dem anderen Bereich eindeutig zuordnen. Weber erkannte, daß das Recht die prinzipiell vermittelnde Rolle zwischen beiden Bereichen einnahm. Mit dieser Synthese war es Weber möglich, eine fundamentale Lösung des alten Dualismus zu finden, dessen Geschichte — so Parsons — bisher nur darin bestand, daß sich „Marx und Hegel gegenseitig auf den Kopf gestellt haben“.

Mit dem Konzept der formalen Rationalität als Bezugspunkt seiner Rechtssoziologie gelingt es Weber, die normative (Rechts-)Ordnung in gleicher Weise relativ unabhängig dem Ideal- und Realbereich gegenüberzustellen. Rechtliche Entscheidungen werden somit nicht mehr nur eine einfache Anwendung ethischer Wertorientierung — wie zum Beispiel in den Systemen religiösen Rechts der Juden und des Islam —, und es gelingt ebenso, ihre relative Unabhängigkeit gegenüber den mehr partikularistisch, politisch-ökonomischen Interessenkonstellationen aufzubauen.

Keineswegs dürfe natürlich bei dieser Betrachtung der entscheidende Einfluß religiös-ethischer Normen für die Legitimation von Rechtssystemen außer Betracht bleiben. Aber, so argumentierte Parsons, das Rechtssystem ist bei Weber, wie auch bei seinem großen französischen Zeitgenossen Emile *Durkheim*, das bedeutendste strukturelle Merkmal moderner Gesellschaften.

Mit der Darstellung des Weberschen Beitrages zur Ideologienanalyse kehrt Parsons zum Ausgangspunkt seiner Betrachtung zurück. Die Überwindung der Ideologien, die den Blick auf die soziale Realität

verschleiern, ist nach Parsons die epochale Leistung der empirischen Soziologie und zugleich Maßstab für die Bedeutung der Arbeiten Max Webers.

Aus der sich anschließenden Diskussion erscheint die Bemerkung Hans Alberts, der sich im übrigen explizit hinter die Darstellung des Hauptreferenten stellte, beherzigenswert, Max Weber differenzierter zu beurteilen, als es der ausschließliche Rekurs auf seine Freiburger Antrittsrede zuläßt. Des weiteren sollte angemerkt werden, daß sich aus dem Beitrag Jürgen Habermas' eine allmähliche Annäherung der dialektischen Position an die wissenschaftstheoretische Position des Positivismus zur Frage der Werturteilsfreiheit heraushören ließ, als er die Akzente mehr auf Probleme der Wissenschaftspolitik verlagert sehen wollte und nicht so sehr auf solche der Epistemologie.

Das dritte Hauptreferat über „Max Weber und die Machtpolitik“ hatte in Raymond Aron (Paris) einen kompetenten und souveränen Referenten.

Den Zugang zum Thema verschaffte sich Aron über eine kurze terminologische Erörterung zum Begriff der Machtpolitik. Welchen Ausgangspunkt man immer wähle, Max Weber sei Machtpolitiker gewesen und damit ein Nachfolger von Macchiavelli und dem Zeitgenossen Nietzsche.

Die Frage nach der besten Verfassungsform sei ihm unverständlich gewesen. Der Kampf um die Macht zwischen Völkern, Gruppen und Individuen sei sein Ausgangspunkt gewesen, und wo er diesen Willen zur Macht vermißt hätte, hätte für ihn die betreffende Gruppe der Politik den Rücken gekehrt. So sehr Weber für Parlamentarismus und Demokratie eingetreten sei, so wenig hätte er es aus prinzipiellen Erwägungen getan, sondern aus der rein instrumentellen Haltung heraus, daß die damit verbundenen institutionellen Vorkehrungen den geeigneten Rahmen im Zeitalter des Kapitalismus und der modernen Industriegesellschaft abgäben, Machtpolitik zu treiben. Den freien Völkern habe er keine absolute und historisch unbedingte Chance zum Herrenvolk eingeräumt.

Mit diesen Bemerkungen, die er genau wie seine nachfolgenden Ausführungen vielfach durch Zitate belegte, glaubte Aron den bedingenden Hintergrund für Max Webers Gedanken zur Macht und zur Politik und seine aktuell-politischen Beiträge zur Situation Deutschlands seiner Zeit skizziert zu haben.

Angesichts des Weberschen Weltbildes, in dem sich Vorstellungen von Darwin, Nietzsche und Marx trafen, seiner analytischen Kategorien und seiner politischen Grundüberzeugungen versuchte Aron eine kritische Auseinandersetzung mit zwei Grundannahmen Webers, die

eng mit seiner Machtpolitik verbunden seien: 1. Es gäbe keine Instanz zur Bestimmung des relativen Wertes einer Kultur gegenüber einer anderen, auch nicht der französischen und deutschen Kultur. 2. Man könne nicht gleichzeitig Politiker und Christ im Sinne der Bergpredigt sein. Aron räumte die Berechtigung der ersten Aussage ein, soweit sie nichts anderes als einen faktischen Wertpluralismus zwischen Gruppen oder Nationen meine. Er folge Weber jedoch nicht mehr in seinen daraus gezogenen Konsequenzen. Hinsichtlich der zweiten Behauptung wies Aron unter Bezugnahme auf mehrere Stellen in Webers Arbeit eine bemerkenswerte Inkonsequenz in seinem Denken auf. Es lasse sich zeigen, daß Max Weber in der Gegenüberstellung von Gesinnungs- und Verantwortungsethik in Wahrheit zwei Antinomien vereinigt habe: die des politischen versus des christlichen Handelns mit der der reflektierten und der unreflektierten Entscheidung. Zum Schluß faßte Aron seine Vorbehalte gegen Webers Gedanken zur Machtpolitik noch einmal gedrängt zusammen und kam zu dem Ergebnis, daß Max Weber in seinen politischen Analysen seiner Zeit nicht voraus gewesen sei, so unbestritten auch seine Aktualität als Soziologe sei.

Als ein Höhepunkt nicht nur dieser Plenarsitzung wurde weithin der Diskussionsbeitrag *Deutschs* vermerkt. Nicht so sehr hinsichtlich des sachlichen Inhalts seiner Ausführungen, sondern weil er die Diskussion in eine Richtung wies, die Max Webers Konzepte und Aussagen in empirisch überprüfbare Hypothesen zu übertragen gestattet und die man so schmerzlich allüberall vermißte.

Wer gehofft hatte, daß zumindest die abschließende vierte Plenarsitzung zum Thema „*Industrialisierung und Kapitalismus*“ mit Herbert Marcuse als Referenten von einer „Werturteilsdebatte“ verschont bleiben würde, der sah sich enttäuscht.

Dabei enthielt das Referat durchaus eine Fülle von Fragen, über die man hätte sachlich diskutieren können. Zum Beispiel hätte man sich auf die Hauptfrage konzentrieren können, ob sich das begriffliche Instrument Max Webers als fruchtbar für die wissenschaftliche Analyse von Industrialisierung und Kapitalismus erwiesen hätte. In dem Zusammenhang wäre allerdings völlig irrelevant, welcher geschichtlichen Konstellation Weber diese Begriffsbildung verdankt; und noch irrelevanter wäre eine Auseinandersetzung darüber, welche politischen Konsequenzen diese wissenschaftliche Konzeption hatte. Eine derartige Erörterung sei in diesem Rahmen genau so fehl am Platz wie etwa die Bewertung der Marxschen Theorie unter Hinweis auf die kommunistischen Systeme, betonte Reinhard Bendix (Berkeley, USA) in seinem kurzen Diskussionsbeitrag, in dem er beklagte,

daß in Deutschland noch keine sachliche, von politischen Implikationen freie Weber-Diskussion möglich sei.

Der größte Stein des Anstoßes war freilich die aus philosophischen, sozialwissenschaftlichen und sozialpolitischen Elementen bestehende dialektische Verdichtung des Rationalitätsbegriffs, mit dem Marcuse sowohl die Schwächen wie die Gefährlichkeit der Weberschen Konzeption nachweisen wollte. Und zwar habe der Begriff der „formalen Rationalität“, obwohl er in Webers Analyse selbst schon inhaltlich material eingeschränkt worden sei, nichtsdestoweniger zur „Apotheose der Verdinglichung und Entmenschung“ geführt, indem er den Menschen der irrationalen, charismatischen Herrschaft des Zwecks unterwerfe. So führe die Dialektik der Vernunft zu ihrer eigenen Negation, zur Irrationalität. Diese „Irrationalität“ wurde an zahlreichen Erscheinungen der modernen Industriegesellschaft zu exemplifizieren versucht, was Marcuse den Vorwurf einer „Kulturapokalypitik“ eintrug — aber auch den (unberechtigten und gleichermaßen ideologischen) Verweis Benjamin *Nelsons* (New York, USA): Wer die Rationalität der Wissenschaft nicht ertragen könne, habe die Alternative der Poesie oder der Dialektik. Es ging nämlich auch Marcuse — wenn auch mit einem untauglichen Konzept — gerade um die Verwirklichung dessen, wozu sich Nelson unter der Bezeichnung „Rationalität“ bekannte; nur identifiziert Marcuse diesen Begriff mit einer konkreten geschichtlichen Konstellation und hofft, daß sich diese angeblich „sachlichen Notwendigkeiten“ im geschichtlichen Prozeß nach dialektischem Prinzip aufheben werden.

Daß ein solcher Prozeß nicht reibungslos abläuft, sondern große Hindernisse zu überwinden hat, versuchte in der Diskussion auch Georges *Friedmann* (Paris) aufzuzeigen, indem er auf die ständigen „Aufbrüche der Irrationalität“ sowohl in Überfluggesellschaften wie in Entwicklungsländern hinwies. Nach Marcuse ist es Aufgabe der kritisch gewordenen Vernunft, diese Hindernisse zu erkennen und zu überwinden, nicht aber — und das war der Vorwurf gegen die „Tatsachenfetischisten“ — die bestehenden Verhältnisse als „sachlich notwendig“ zu akzeptieren und damit zu legitimieren.

Abgesehen von diesen grundsätzlichen Mißverständnissen beruhte aber ein großer Teil der Auseinandersetzung auf terminologischen und begrifflichen Schwierigkeiten, die allerdings wiederum zurückführbar sind auf grundsätzlichere Unterschiede in den Denkansätzen, zwischen denen eine Kommunikation kaum möglich erscheint. Gemeinsamkeiten lassen sich vor allem auf einer sehr konkreten, empirischen Ebene finden: zum Beispiel auf der Ebene, die Richard F. *Behrendt* (Bern) mit den Kennzeichen einer universalen gesellschaftlichen Dy-

namik umschrieb, innerhalb derer die Entwicklung des Kapitalismus nur eine, wenn auch wohl die wichtigste Variante darstelle.

Diese späte Entdeckung gemeinsamer Berührungspunkte kann aber den Eindruck nicht verwischen, daß Diskussionen zwischen „Tatsachenfetischisten“, sprich Sozialwissenschaftlern, und „Begriffsfetischisten“, sprich Sozialphilosophen, wohl selten zu einem fruchtbaren Ergebnis gelangen.

Neben den vier Plenarveranstaltungen trafen sich auch in Heidelberg die in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie gebildeten Fachausschüsse zu Arbeitssitzungen zusammen. Es tagten die Fachausschüsse für Religionssoziologie, für Methodenfragen, für Bildung und Erziehung, für Familien- und Jugendsoziologie, für Organisationssoziologie und schließlich für Ethno-Soziologie. Der beschränkte Raum gestattet keine detaillierte inhaltliche Wiedergabe. Wir begnügen uns deshalb mit einigen allgemeinen Bemerkungen.

Die Fachausschüsse der Deutschen Gesellschaft für Soziologie haben sich zum ersten Mal auf dem letzten Soziologentag in Berlin einem breiteren Publikum vorgestellt. Es wurde damals mit viel Anerkennung und Optimismus über sie berichtet. Es wurden Forschungsergebnisse referiert, und die institutionelle Struktur schien dem Bedürfnis nach intensiver Diskussion und gegenseitiger Kommunikation mehr entgegenzukommen, als es die Plenarveranstaltungen vermochten. In Heidelberg erwies sich jedoch, daß das vor fünf Jahren freimütig gespendete Lob keineswegs zu einer Fortführung des einmal eingeschlagenen Weges stimulierte: Das Niveau der Veranstaltungen der Fachausschüsse in Heidelberg lag erheblich unter dem des Berliner Kongresses. Mangelnde Vorbereitung verriet schon das Programm. Einige Fachausschüsse waren völlig überladen, andere kamen über einen Hauptreferenten und Diskussionsredner nicht hinaus. Mangelnde Koordination, Systematik und Substanz waren die Folge. Man konnte eigentlich nirgends eine führende Hand erkennen, nirgends auch das Walten eines Maßstabes, der gute Beiträge von schlechten, der Soziologie von Sozialphilosophie und Kulturkritik zu scheiden vermochte. Die wenigen Lichtblicke machten nur deutlich, wie berechtigt diese generelle Kritik ist, und konnten nur denjenigen versöhnen, dessen Erwartungen von vornherein nicht allzu hoch waren. Man möchte sich wünschen, daß die Fachausschüsse sich nach der Heidelberger Enttäuschung doch noch zu dem entwickeln, was sie sein könnten, wie Berlin gezeigt hat, und was sie sein sollten, um ihrer Existenz einen Sinn zu geben: eine Gelegenheit zur Mitteilung neuer Informationen auf dem Gebiet der Soziologie und zum Austausch und zur Akkumulation isoliert erarbeiteten Wissens.

Fritz Sack, Köln